

freiheitlich—sozialistisch

NR. 9

DIREKTE AKTION IN DER ALTSTADT

Kinderspielplatz gebaut

Seit dem 12. Juni 1972 gibt es im Kölner Martinsviertel die BÜRGERVERSAMMLUNG ALTSTADT(BVA). An diesem Tag versammelten sich etwa 6o Anwohner im Lokal "Zum Ostermannbrunnen", um ihre Situation zu beraten.

Der Zusammenschluß der Bürger war nötig geworden, weil die Altstadt sich mehr und mehr zu einem Rummelplatz entwickelt. Ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen der Anwohner vergibt die Stadt immer mehr Konzessionen für Lokale. Das scheint die Vorstellung der Herren von der Stadtverwaltung von Belebung der Altstadt zu sein: Lärm zwischen 9 Uhr abends und 3 Uhr früh.

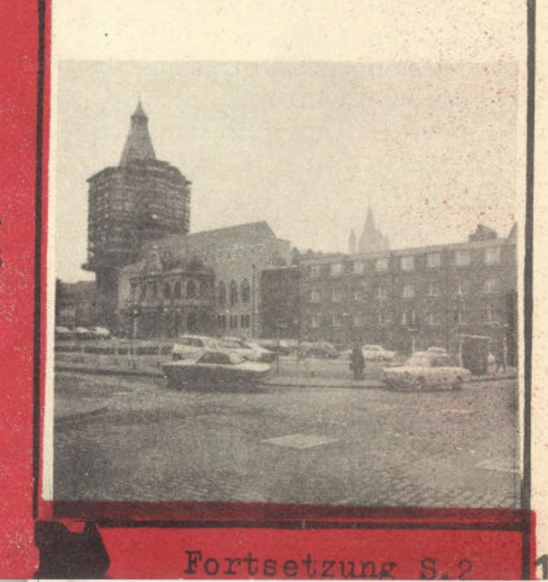
In der Bürgerversammlung wurde beschlossen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die dauernde verschlechterung der Lebensbedingungen der 12oo Martinsviertelbewohner vorzugehen. Dabei stellte sich heraus, daß viele der Anwesenden schon von sich aus mit Briefen an die Stadt, das Ordnungsamt, das Gesund-

INHALT:

SKANDAL IN KÖLN

32 Mio für Rathaus Kein Geld für Kindergärten

Am Donnerstag, den 24.August 1972 war es soweit:
Das neue Rathaus wurde nach fünfjähriger Bauzeit eingeweiht. Nun hat also auch Köln ein"angemessenes "Rathaus.
Nun ja, welcher Kölner Bürger empfand nende Problem Kölner Kommunalpolitik, daß das alte Rathaus im "weltstadtischen" Köln zu provinziell wirkte (was man allerdings eher von den Leuten im Rat - haus sagen kann und was sich durch den Neubau keineswegs

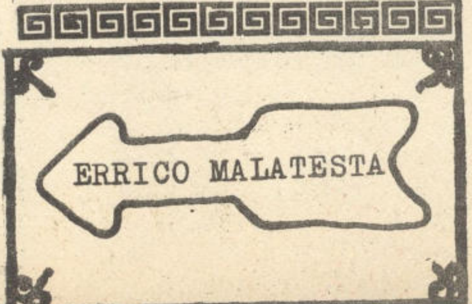


Fortsetzung S.2

HEINZEL-CLASSIC

Wir glauben, daß die meisten der Übel, die uns quälen, von einer schlechten gesellschaftlichen Organisation herrühren, und daß der Mensch sie beseitigen kann, wenn er nur will, und wüßte wie. Die gegenwärtige Gesellschaft ist das Resultat von Kämpfen zwischen den Menschen, die in jedem anderen Menschen einen Konkurrenten und Feind sahen und ihn zu übervorteilen trachteten, ohne den Interessen der anderen auch nur einen Gedanken zu widmen.
Wir glauben, der Mensch kann die Zukunft nur bestehen, wenn er sich eine menschlichere Gesellschaft schafft und sehen als notwendige Bedingungen an:
1. Abschaffung des Privateigentums an Boden, Rohstoffen und Werkzeugen, damit niemand mehr die Mittel hat, von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft zu leben.
2. Organisation des sozialen Lebens durch freie Assoziation und Föderation von Produzenten und Konsumenten. Die Erzeugnisse werden gemäß den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen produziert.
3. Die Mittel zum Leben, zur Entfaltung aller Fähigkeiten und zum Wohlsein werden Kindern und allen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, garantiert.
4. Ächtung des Krieges und der nationalen Vorurteile. Abschaffung der Grenzen, Brüderlichkeit zwischen allen Völkern.
5. Erneuerung der Familie, wie sie sich aus der Praxis der Liebe ergeben wird, die von jedem Zwang befreit ist.

Das ist unser Ideal.



Skandal in Köln...

Fortsetzung von Seite 1

hilfe zu schaffen sei.
So bauten sich denn Rat und Verwaltung der Stadt Köln ein monumentales Domizil, das ihrer größenwahnsinnigen Selbsteinschätzung entspricht.

Sparen?!

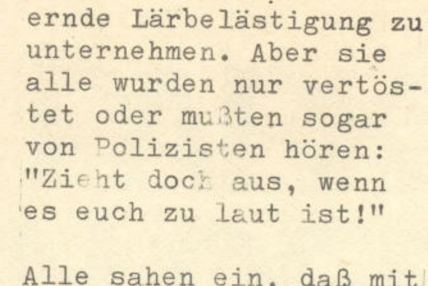
Kosten spielten dabei natürlich keine Rolle. Extrem teure Natursteine und Metalle waren gerade gut genug. Allerdings muß man die "Bescheidenheit" der Kölner Stadtverordneten loben, die sich nicht für Marmor, sondern für Granit entschieden haben. Auch hat man aus Sparsamkeitsgründen darauf verzichtet, den Bau zu vergolden.
Dafür haben sich aber Oberbürgermeister Burauen und Stadtdirektor Mohnen Dienstzimmer einrichten lassen, die selbst Minister und Firmenchefs vor Neid erblassen lassen:
70 qm groß sind die Zimmer (viele Familien müssen sich mit der Hälfte als Wohnung begnügen) und mit Seide ausgeschlagen. Der Schreibtisch ist mit Leder überzogen, die Gardinen lassen sich per Knopfdruck herabsenken und die Sitzbänke wurden in Granit eingelassen. Der Thron für diese fürstliche Residenz wird noch folgen. Wir schlagen vor, dem OB noch Krone, Zepter und Stadtapfel (natürlich aus purem Gold) zu geben, damit er seinen repräsentativen Verpflichtungen zur Ehre Kölns auch angemessen nachkommen kann.
Dies würde auch zum Stil des Rathauses passen. Man hat versucht, Neues mit Altem zu verbinden. Was dabei herausgekommen ist, ist katastrophal. Man sehe sich nur die große Rathaushalle und den Hansasaal an.

Bevölkerungsfeindliche Politik

Dieses neue Rathaus ist ein weiteres Dokument der absurden und bevölkerungsfeindlichen Kommunalpolitik des Rates und der Verwaltung.
Während die Stadt kein Geld für die Bedürfnisse der Bevölkerung hat (Nahverkehr, Spielplätze, Kindergärten, Schulen usw.) schleudert sie 32 Millionen DM hinaus, um sich selbst ein Denkmal zu setzen.

Es wird Zeit, daß die Kölner Bürger selber über ihre Belange entscheiden und dies nicht einigen Stadtverordneten und Verwaltungsbeamten überlassen, die nur ihr eigenes Interesse im Auge haben.

Fortsetzung von Seite 1



heitsamt und die Polizei vergeblich versucht hatten, etwas gegen die dauernde Lärbelästigung zu unternehmen. Aber sie alle wurden nur vertöstet oder mußten sogar von Polizisten hören: "Zieht doch aus, wenn es euch zu laut ist!"

Alle sahen ein, daß mit Einzelaktionen nichts erreicht werden konnte und daß es notig war, sich zusammenzuschließen, um die gemeinsamen Anliegen durchzusetzen.

Es wurden Kommissionen gebildet, die sich mit den speziellen Problemen Autoverkehr, Kneipen, Infrastruktur und Kinderspielplatz beschäftigen. Schon bei dieser ersten Versammlung zeigten sich die Ansätze einer Solidarität aller Altersstufen der Altstadtbewohner.

Diese Solidarität bestand ihre Feuerprobe beim Bau des Kinderspielplatzes, zu dem mit folgendem Flugblatt aufgerufen wurde:

BÜRGERVERSAMMLUNG ALTSTADT informiert:

Kinderspielplatz Altstadt

Seit über 10 Jahren drängen die Anwohner des Martinsviertels die Stadt, einen Kinderspielplatz in der Altstadt zu errichten. Unterschriften wurden gesammelt, Eingaben gemacht, und immer wieder versprach die Stadt, den dringend benötigten Kinderspielplatz bald zu erbauen. Aber in den ganzen Jahren ist nichts passiert. Immer mehr Parkplätze wurden geschaffen, aber für die Kinder wurde nichts getan.
Es sieht fast so aus, als hätte die Stadt gar kein Interesse für die Belange der Anwohner einzutreten, da sie uns ja doch aus dem Viertel verdrängen will, um für ihre Pläne eines Vergnügungsviertels freie Hand zu haben.
Für unsere Kinder bleiben nur die Lücken zwischen dne parkenden Autos, wo sie, gefährdet durch den Verkehr in den engen Gassen, versuchen können zu spielen.
Tag für Tag versuchen sie in dieser kinderfeindlichen Umgebung ihr Spielbedürfnis auszutoben. Aber überall werden sie weggejagt und verdrängt. Wenn einmal zufällig an einer Baustelle ein Sandhaufen aufgeschüttet ist, stürzen sie sich voll Freude darauf, um ihre Burgen zu bauen - aber das ist ja immer nur ein kurzes Vergnügen. Für Kinder scheint kein Platz in unserem viertel zu sien.

Um diesen haltlosen Zustand zu ändern, haben wir nach jahrelangem Warten zur Selbsthilfe gegriffen. Wir glauben nicht mehr an die Versprechungen der Stadt und der Parteien. Unseren Kindern helfen keine Versprechungen und Pläne, sie wollen jetzt spielen. Darum bauen wir zusammen mit den Kindern selbst einen Spielplatz.

Wir rufen daher alle großen und kleinen Anwohner auf, am Sonntag Vormittag zur Lintgasse zu kommen.
Guter Rat und helfende Hände sind besonders willkommen!

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

So begann am Sonntag den 7.August in der Kölner Altstadt im Martinsviertel ein reges Treiben. Auf dem Parkplatz an der Martinskirche fanden sich Anwohner zusammen, trennten ein Stück des Platzes ab und begannen den Spielplatz einzurichten. Der Zeitpunkt war günstig ausgewählt, denn Sonntags früh sind weder bei der Stadtverwaltung, noch beim Ordnungsamt, noch bei der Polizei die oberen Beamtenränge zu erreichen. Außerdem hat der Parkplatzwächter Sonntags frei.
So konnte zuerst einmal ungestört begonnen werden.

Gemeinsam geht's besser

Immer mehr kleine und große Helfer fanden sich ein. Ein Sandkasten aus 4 großen Traktorreifen wurde gebaut, der Sand wurde herangeschafft, Indianerhütten und eine Wippe wurden errichtet.
Aus der gemeinsamen Arbeit entstand ein Gemeinschaftsgefühl, das Alte und Junge, Langhaarige und Familienväter, Junggesellen, Omis und Hausfrauen zusammenhielt.

Einigkeit macht stark

Als dann die Polizei kam, um dem ungesetzlichen Treiben ein Ende zu bereiten und den weiteren Ausbau zu verhindern, entgegneten die Erbauer, daß sie das alles in gemeinsamer Verantwortung tun würden und weigerten sich Personalien anzugeben.
Mehrfach tauchten Streifenwagen auf, die aber unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten, nachdem sie anstelle einzelner Namen eine Unterschriftensammlung aus dem Viertel für den Bau des Spielplatzes erhalten hatten.

Munter wurde weitergearbeitet, Geldspenden von allen Seiten liefen ein, (an diesem Tag allein über 300,-DM) und auch für das leibliche Wohl der arbeitenden Gemeinschaft wurde gesorgt. Erst gab es Frühstücksbrote mit Kaffee, dann Kartoffelsuppe mit Würstchen; ein Fäßchen Kölsch war plötzlich da und erfrischte die durstigen Kehlen.



Keine Zentrale

Dabei gab es keine großartige Organisation und keine befehlende Zentrale. Das gemeinsame Interesse an der gemeinsamen Sache brachte die Ergebnisse hervor.
Hier zeigte sich, welche Kraft und welchen Ideenreichtum, welche Solidarität und welchen Erfolg schließlich die freie Entfaltung des Volkes hervorbringt.

Treffen der BVA

Am folgenden Tag traf sich die BVA im Sion. Über 200 Anwohner wählten 6 Sprecher, die die Weisungen der Bürgerversammlung auszuführen haben und jederzeit abwählbar sind. Verschiedene Fachleute aus dem Viertel stellten sich als Kassierer, Rechtsvertreter, Soziologe und Stadtplaner der BVA zur Verfügung. Der Kassenstand wuchs schnell über 1000 DM, das gemeinsame Programm wurde diskutiert und eine soziologische Umfrage unter der Bevölkerung organisiert. Mit ihr wollen die Altstadtbewohner die Grundlage für eigene Planungsvorstellungen in ihrem Viertel schaffen.

Gemeinsam Interessen durchsetzen

Der Kinderspielplatz, durch die Besetzung und Übernahme von 400qm Parkplatz geschaffen, ist inzwischen von der Stadtverwaltung zähneknirschend akzeptiert worden.
Die Bürger aber arbeiten weiter an der Verschönerung ihres Spielplatzes, der auch die Funktion eines Kommunikationszentrums übernommen hat.
Man trifft sich auf dem Spielplatz, sitzt auf den Bänken und unterhält sich, lernt sich dadurch besser kennen und findet so mehr und mehr zusammen.
Alle Anwohner des Viertels haben gelernt, daß sie gemeinsam stark sind und nur gemeinsam ihre Interessen durchsetzen können.

Solidarisiert euch !!!

PARK IN DER INNENSTADT

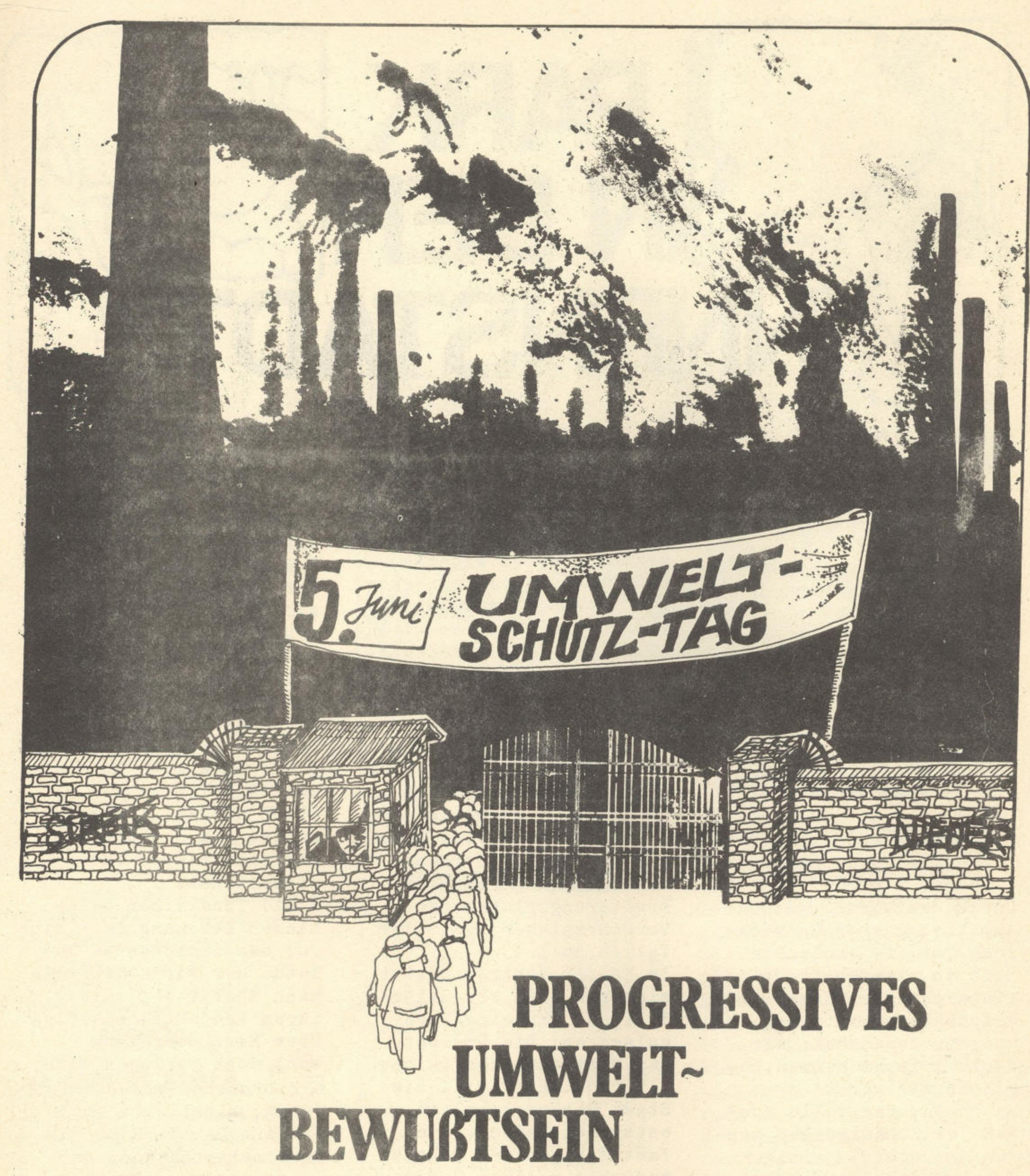


Mehr und mehr wird auch den breiten Schichten der Bevölkerung bewußt, was fortschrittliche Stadtplaner seit Jahrzehnten erkannt haben:
Wenn wir unsere Städte weiter zu abgasverseuchten Betonwüsten werden lassen, sind sie eines Tages unbewohnbar.
Wir dürfen die Stadtplanung nicht dem Profitinteresse der Industrie und der Grundbesitzer unterordnen. Die Städte sind für dieMenschen da; wir brauchen eine humanorientierte statt einer renditeorientierten Stadtplanung.
Unter den verschiedenen Aspekten dieser Entwicklung ist die schlechte Luft in unseren Städten ein wichtiger Punkt. Welche Vergewaltigung unserer Gesundheit wir damit auf uns nehmen, beginnen wir gerade erst zu ahnen, das volle Ausmaß der Schädigungen werden wir erst in einigen Jahren oder Jahrzehnten erkennen können.
Aber wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß eines Tages vernünftige Verwaltungen einsichtige Entscheidungen treffen werden. Deren geistiger Horizont ist durch die Begriffe Rendite und Wirtschaftlichkeit beschränkt. Deren Ohren sind offen für die Wünsche der Industrie und des Handels und taub für die Klagen der Bevölkerung. Wir müssen jetzt etwas tun, wir müssen unsere Interessen selbst durchsetzen.
In der Frage der Luftvergiftung ist es wichtig, daß grüne Inseln im Beton der Innenstädte geschaffen werden. Für das Kleinklima ist es unbedeutend, ob in fernen Vororten (wo der Boden billig ist) Parkanlagen vorhanden sind. Für die Entgiftung und Regeneration der Luft brauchen wir die Parks im Zentrum. Außerdem müssen wir um jeden Baum kämpfen, der den fachidiotischen Straßenverbreiterungsplänen der Verkehrsplaner zum Opfer fallen soll.
Im Kölner Zentrum bietet sich zur Zeit ein Gelände ideal für eine Parkanlage an: Die Umgebung der Martinskirche in der Altstadt. Hier will die Stadt Gebäudekomplexe entstehen lassen, die fast die gesamte Fläche bedecken sollen. Neben vielen Geschäften, Lokalen und einer Tiefgarage sollen hier auch Wohnungen gebaut werden, die sich aber am Ende wohl doch nur wenige wegen der hohen Preise werden leisten können.
Dabei ist das Gelände ideal für einen Park geeignet:

1. Es gehört fast ganz der Stadt (also uns allen) und muß daher nicht unbedingt Rendite bringen wie privater Besitz.
2. Es liegt zentral und kann daher von Erholungssuchenden der Innenstadt leicht aufgesucht werden.
3. Hier im Zentrum kann der Park seine Aufgabe als (wenn auch kleine) grüne Lunge erfüllen.
4. Der Park kann später gut zum Rheinufer hin erweitert werden, wenn die Rheinuferstraße unter der Erde verschwindet.
5. Der Park kann zu einer echten Belebung der Altstadt werden, als Alternative zum Nachtrummel, der sich bisher entwickelt hat.
6. Die Idee einer belebenden Bebauung läßt sich auf das benachbarte Gelände der Firma Brüggelmann übertragen, die ihren Produktionsbetrieb über kurz oder lang wohl doch verlegen wird.

Wir brauchen gesunde Luft jetzt, nicht erst in 5o Jahren. Der Park um die Martinskirche kann der erste Ansatz dazu sein.

Unterstützen Sie die BÜRGERVERSAMMLUNG ALTSTADT in ihrer Forderung nach einem Park um die Martinskirche. Helfen Sie mit Ideen und Vorschlägen.
BÜRGERVERSAMMLUNG ALTSTADT 5 Köln 1
Auf dem Rothenberg 11
tel. 215175



PROGRESSIVES UMWELT-BEWUßTSEIN

Nach Muttertag, Weltspartag, Valentins- und Weltkindertag, Tag der Milch usw. hat die 1. Teil-Internationale-Umweltschutzkonferenz in Stockholm unseren Alltag um einen weiteren Gedenktag bereichert.
Fortan soll der 5. Juni als internationaler Umweltschutztag gelten. Die Verbraucher sollen umweltbewußter werden.
Unser Bild gibt beredtes Zeugnis davon, wie man sich seine Durchführung denkt.
Einem ondit zufolge wollen die Industrieunternehmen versuchen an diesem Tag die Abwässer und die Luftverschmutzung um 6,8307 % zu mindern.

(Kurz vor Redaktionsschluß stellte sich diese Mitteilung als Falschmeldung heraus.)



Im November dieses Jahres werden wir alle Zeuge eines der schönsten Schauspiele des Parlamentarismus, des Wahlkampfes. Geplant nach den Olympischen Spielen, um der Bundesrepublik wieder eine Regierung mit einer Mehrheit im Parlament zu verschaffen. Die Neuwahl ist dringend notwendig geworden, da die regierende sozial-liberale Koalition über keine Mehrheit im Parlament mehr verfügt. Wie sie die Mehrheit verlor, läßt vermuten, daß dort nicht Politik gemacht, sondern das Parlament mit einem Marktplatz verwechselt wurde.

Abgeordneten-Kauf en gros

Nachdem die reaktionäre CDU/CSU-Fraktion 1969 nach der Wahl nicht mehr die Mehrheit besaß und nun eine SPD/FDP-Koalition die Regierung bildete, begann ein ungeahnter Nervenkrieg der Opposition. Regelmäßig wurde vor der "roten Gefahr" gewarnt (Die "braune Gefahr" wurde aus eigenem Interesse verschwiegen), und schließlich begann man die Zweifler der Regierungskoalition aufzukaufen. Publik wurden diese Machenschaften, als versucht worden war, den FDP-Abgeordneten Geldner mit 400.000 DM abzuwerben. Dieser ging nicht darauf ein sondern informierte die Öffentlichkeit.

So erhält man die Mehrheit

Mittlerweile hatte die Opposition, die sich nach zwanzigjähriger Regierungszeit um die Macht geprellt sah, systematisch die Zweifler unter den FDP-Abgeordneten abgeworben. Die von der sozial-liberalen Regierung begonnenen Verhandlungen mit der UdSSR, der VR Polen und der DDR über einen Gewaltverzicht der der Entspannung dienen sollte, wurden immer wieder von diesen "kalten Kriegern" verleumdet. Als die entscheidende dritte Lesung und damit verbunden die Endabstimmung des Moskauer und des Warschauer Vertrages anstand, fielen wieder zwei Abgeordnete der FDP um und stimmten gegen die Ostverträge. Der SPD-Abgeordnete und Vertriebenenfunktionär Hupka war bereits vorher zur CDU übergelaufen.

nur ihrem Gewissen verantwortlich

Diese Handlungsweisen, geschehen seit 1969, sind typisch für alle Parteien seit dem Bestehen der BRD. Das Grundgesetz, Artikel 38,1 sagt dazu: "...Sie (die Abgeordneten) sind Vertreter des →→

Fortsetzung S.8



ALTE DAME ENTLAUFEN

Am 17.5. kurz nach ein Uhr mittags ist in Ehrenfeld eine alte Dame abhanden gekommen:
Mit geblümtem Morgenrock und Hausschuhen angetan stand sie da und wußte nicht mehr, wo sie wohnte.
Passanten standen dabei, die sie gebeten hatte, einmal ein paar Straßennamen aus dem Gedächtnis aufzusagen, um ihrem Gedächtnis auf die Sprünge zu helfen. Sie alle machten ziemlich hilflose Gesichter und bedeuteten sich gegenseitig, daß "die Alte wohl spinne".
Nach einiger Zeit war zu beobachten, daß man die alte Frau stehengelassen hatte.

Fortsetzung S.8

Schauspiel des Jahres

ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen". So ist schwarz auf weiß belegt, daß jeder Abgeordnete nur seinem "Gewissen" verpflichtet ist. Indirekt heißt das, daß der Wählerwille in keinster Weise für den Abgeordneten interessant ist, ausgenommen bei den Wahlen. Dies ist Interessenverrat am Wählerwillen. Hier werden die Wünsche des Volkes mißbraucht - und dafür erhalten diese Herren auch noch ihre überhöhten Diäten (Gehälter) !

Zwei Punkte bestimmen die Politik

Um was es hauptsächlich geht, kann man in zwei Punkten zusammenfassen:

1) Sicherung der parteipolitischen Interessen,
2) Persönliche Bereicherung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

So halten es "unsere" Volksvertreter vier Jahre lang. Kurz vor der Wahl allerdings läuft die Sache dann ganz anders. Gesetzentwürfe, Reformpläne und neue Parteiprogramme werden dem Wähler von den Parteien als das Non plus Ultra serviert. Jede Partei versucht, die andere mit ihren Reformplänen und Gesetzentwürfe zu übertrumpfen,- die nach der Wahl selten aktuell werden, denn es geht ja darum, die Wahl zu gewinnen und damit die Macht zu besitzen.

Das Parlament — Kriegsschauplatz

Es geht nicht etwa darum, die Interessen des Volkes zu vertreten. Sondern es geht darum, daß die eine Partei mehr Macht hat als die andere. Das Parlament ist damit zum nationalen Kriegsschauplatz geworden. - Und Schau ist da vieles. Eines haben die Parteien aber alle gemein: daß sie das Volk vier Jahre lang Volk sein lassen, um es bei Wahlen dann wieder aufs Neue zu verblenden.

So müssen unsere Forderungen lauten:

- Abschaffung des jetzigen Wahlsystems und Einführung der direkten Wahl der Volksdelegierten.

- Mandatsverlust bei Parteienwechsel des Abgeordneten.

ALTE DAME ...

Einen einigermaßen wertvollen Fund hätte man sicher ins Fundbüro gebracht, aber ein verlorener Mensch - der läßt einen schon eher kalt - keine Aussicht auf Finderlohn.

So sehr haben wir uns schon daran gewöhnt, Verantwortung auf andere abzuschieben, daß wir gar nicht mehr imstande sind, uns überhaupt noch für jemanden verantwortlich zu fühlen. - Bei uns ist halt alles so schön geregelt; es kann doch keinem was Ernstliches passieren!

Unser Wohlfahrtsstaat ist allerdings auch darauf angelegt, immer mehr Aufgaben aus dem privaten Bereich in den öffentlichen zu übernehmen. Dabei ist der Grundgedanke: Was der Einzelne nur unvollkommen kann, ist gemeinsam effektiver auszuführen und beinhaltet eine gerechtere Lastenverteilung. Darauf fußt die Entstehung der Feuerwehr, der Krankenhäuser, des öffentlichen Straßenbaus, der Versicherungen, der Fürsorgeeinrichtungen und so weiter.

Wir zahlen unsere Steuern dafür. So weit - so gut.

Wir kaufen uns frei

Aber hier wird dann auch die negative Seite dieser Entwicklung deutlich: Wir zahlen nicht nur für die materiellen Leistungen des Staates, sondern wir KAUFEN UNS FREI - vom Mitdenken, vom Mitfühlen, von der Verantwortung (- in unserem obigen Beispiel auch von ein bißchen Menschlichkeit). Eine solche Haltung ist vom Staat gewollt und wird von ihm gefördert: So ist man sicher vor Kontrolle und Kritik von Seiten der Bevölkerung! Diese Tendenz wird hervorgerufen durch die Art, wie bei uns Politik gemacht wird. Unsere "Demokratie" läuft so, daß kaum jemand seinen Abgeordne-

ten kennt.
Diese Anonymität ver - mehrt unser Desinteresse am politischen Geschehen. Egal was der Abgeordnete während seiner Amtszeit dann macht - wir können keinen Einfluß darauf nehmen; abwählbar ist er nicht.
So wird unser Gefühl "ja doch nichts machen zu können" schon an der Basis verstärkt.

Trag mal wieder Verantwortung

Viel zu oft auch richten wir unseren Blick ausschließlich auf die "große Politik", von der wir vermeintlich "ja viel zu wenig verstehen", statt darauf zu schauen, was in unserer Nachbarschaft, in unserem Block, in unserem Viertel, in unserer Stadt vor sich geht. - Das sind doch Sachen, die uns unmittelbar betreffen! Na, davon verstehen wir doch auf jeden Fall was! -

Bürgerversammlungen, die hiervon ausgehen, sind ganz vereinzelt schon zu beob - achten. Da finden sich dann Leute zusammen, die selbst an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen aktiv teilnehmen wollen.Für sie steht der Mensch im Mittelpunkt, der über sich und seine Angelegenheiten selbst bestimmen und sich nicht einfach an Gegebenes anpassen will.Sie schieben nicht einfach ihre Verantwortung ab.
Ihnen ist klar geworden, daß "die da oben" auf ihre Interessen keinerlei Rücksicht nehmen, sondern ausschließlich im Eigeninteresse handeln.Das merken sie immer wieder an den Hindernissen, die ihnen von denen aufgebaut werden, die doch angeblich für das "Wohl der Bevölkerung" eintreten, in Wirklichkeit aber nur an's eigene Wohl denken.
Was sich z.B. zur Zeit in der Kölner Altstadt tut, beweist, daß über die Köpfe der Bevölkerung hinweg versucht wird, den Ge - schäftemachern noch mehr Profite zu sichern.Die Altstadtbewohner begreifen, daß sie von den Politi - kern nichts zu erwarten haben und andere Wege zur Durchsetzung ihrer Interessen einschlagen müssen.

Weit - so scheint's haben wir uns vom Anfang der Geschichte, von der alten Frau in geblümtem Morgenmantel und Hausschuhen entfernt, die verloren auf der Subbelrather Straße stand.Betrachten wir jedoch das Verhalten der Passanten ihr gegenüber - hilflos, verantwor - tungslos, desinteressiert, abweisend - so erscheint es beispielhaft für die oben beschriebene Tendenz zur Abschiebung von Verantwortung auf öffentliche Einrichtungen.
Sicherlich haben die Passanten nicht böswillig gehandelt; sie konnten sicher sein, daß irgendwann irgendwie der alten Frau geholfen werden würde.Ihr Verhalten ist typisch für den Wohlfahrtsburger und unser politisches System.

Wie wird sich solch Verhalten aber auf das Zusammenleben der Menschen auswirken ???

Welche Auswirkungen hat es u.a. auf die seelische Verfassung der alten Frau ???

ZUR SITUATION DER GEFANGENEN 1. TEIL

In den letzten Monaten gab es eine Anzahl von Hungerstreiks und Revolten in westdeutschen Strafanstalten. Etwa 50.000 Häftlinge - die ständige Belegquote der Gefängnisse - leben in menschenunwürdigen Zuständen, diskriminierte Racheobjekte einer Gesellschaft, die tagtäglich Kriminalität provoziert, weil sie selbst in ihren Grundlagen verbrecherich ist: der Ausbeutung der vielen durch die wenigen, der Macht der Millionäre über die Millionen.
Dem zunehmenden Interesse der Öffentlichkeit zufolge berichten wir in Fortsetzungen über die soziale, oder besser ausgedrückt, über die asoziale Situation der Gefangenen.

Zu den Bedingungen, unter denen die Gefangenen dahinvegetieren, nun Auszüge aus dem Brief einer Insassin der Frauenhaftanstalt Essen, Aussagen, die allzu deutlich das Gerede von der angeblichen Resozialisierung ad absurdum führen und die Wirklichkeit des Strafvollzugs als körperlichen, geistigen und seelischen Ruin der Häftlinge kennzeichnen.

KNASTBRIEF

..Man wird zu Menschen ohne eigene Meinung erzogen. Unsere Alte... hat das erste und Letzte Wort. Will man ihr was erklären, so heißt es: "Sie haben doch gerade meine Meinung gehört," und "Sie können wieder gehen". Eine Aussprache ist grundsätzlich nicht drin...

..Samstag im Knast: 5 Uhr 3o Wecken, 6 Uhr Frühstück 8 Uhr Kirche, 1o Uhr für 3o Minuten "Freistunde". Der Rest des Tages heißt "Zellensitzen". Freistunde heißt: 15 Min. Rundgang rechtsrum und 15 Min linksrum. Schön hintereinandergehen. Gespräche sind strengstens verboten. ist Hygiene. Uns wurde übrigens angedroht, daß alle Fenster im Arbeitsbetrieb zugenagelt werden, wenn wir auch nur ein einziges Mal hinaus sehen würden.

..Verpflegung wird ganz groß geschrieben. Meistens gibt es Fleischgerichte, die aus Gebackenem hergestellt werden. 50 gr. Gebackenes, 1/2 Pfund Paniermehl oder Brötchen.

..Fatal ist folgender Zustand: am Samstag, Sonntag und an Feiertagen gibt es zwischen 15 - 15 Uhr 30 "Abendbrot". Man sagt uns spätestens um 16 Uhr "Gute Nacht". Auch Schlafmittel müssen zu diesem Zeitpunkt eingenommen



werden. D.h., daß die meisten Frauen um 17 Uhr schlafen und um 1 oder 2 Uhr aufwachen und den Rest der Nacht wachend verbringen, was hinter Gittern ein sehr schönes Gefühl ist. Sehr schön ist es übrigens, wenn Diskussionsabend oder Fernsehabend ist. Dann müssen die Schlafmittel auch vorher eingenommen werden. Können Sie sich das bildlich vorstellen?

..Es ist verboten: laut zu lachen oder zu singen, zu rauchen, Wäsche zu waschen, Schuhe zu tauschen, Kaffee zu kochen, Briefe an Mitgefangene zu schreiben, aus dem Fenster zu gucken, Kosmetik zu besitzen, mit Männern (aus dem Männerhaus) zu sprechen, Schmöker zu lesen, Tischdecken zu haben, Blumen zu empfangen, Bilder der eigenen Angehörigen aufzuhängen. Im Momen fällt mir nichts mehr ein.

..In unserem Arbeitsbetrieb arbeiten ca. 3o bis 35 Frauen. Wir benutzen eine eigene Toilette von ca. 1,5 qm. Anfangs konnte das Fenster weit geöffnet werden, bis man feststellte, daß wir rausgucken konnten. Endeffekt: es wurde zugeschraubt. Das

Jetzt das Thema Hygiene: Zum Haarewaschen gibt es Schmierseife oder Kernseife. Meine Großmutter hat mit solcher Seife früher stark verschmutzte Arbeitswäsche gewaschen Auch zum Geschirrspülen benutzen wir Kernseife. Gespült wird mit kaltem Wasser. Heute Fisch - morgen Milchsuppe, schmeckt vorzüglich.

Wir werden wie Schweine behandelt

Toilettenpapier gibt es oft 1-2 Wochen überhaupt nicht! ..Auf Einzelzellen sind Toiletten angebracht. Die Beamtin klopft nicht einmal an, wenn ich gerade dabei bin. Wir werden wie Schweine behandelt.

Fortsetzung in HEINZELPRESS Nr. 10

Die Ursachen der Kriminalität

SCHWARZKREUZ

Diese Veröffentlichung entstand in Zusammenarbeit mit der Gefangenenhilfsorganisation

SCHWARZKREUZ

Zeitungs- und Büchersendungen, finanzielle Unterstützung, Rechtshilfevermittlung, usw. -all dies hat die Möglichkeiten der Kölner Gruppe erschöpft. Schwarzkreuz ist auf Spenden angewiesen!

Spendenkonto Ralph Aurand, Postscheckkto. Köln, Kto-Nr. 24 96 70 (Sonderkonto)

REFORMEN AUF DEM AUSBILDUNGSSEKTOR

Kommissionen tagen und tagen und tagen. Große Sprüche werden gesprochen und gesprochen und gesprochen.
Versprechungen werden gemacht und gemacht und gemacht.
Große Schlagzeilen über Kommissionen, große Spruche und Versprechungen erscheinen und erscheinen und erscheinen.
Man reformiert wieder !

Diesmal auf dem Ausbildungssektor - zur Reform vorgeschlagen wird u.a. die integrierte Gesamtschule.
Beschäftigen wir uns also mal mit ihr, versuchen wir mal zu erforschen, was sie in Zukunft verändern wird und warum sie es ändern wird. Und versuchen wir die Frage nach der Aufgabe, die dieser Schule gestellt ist, zu beantworten.

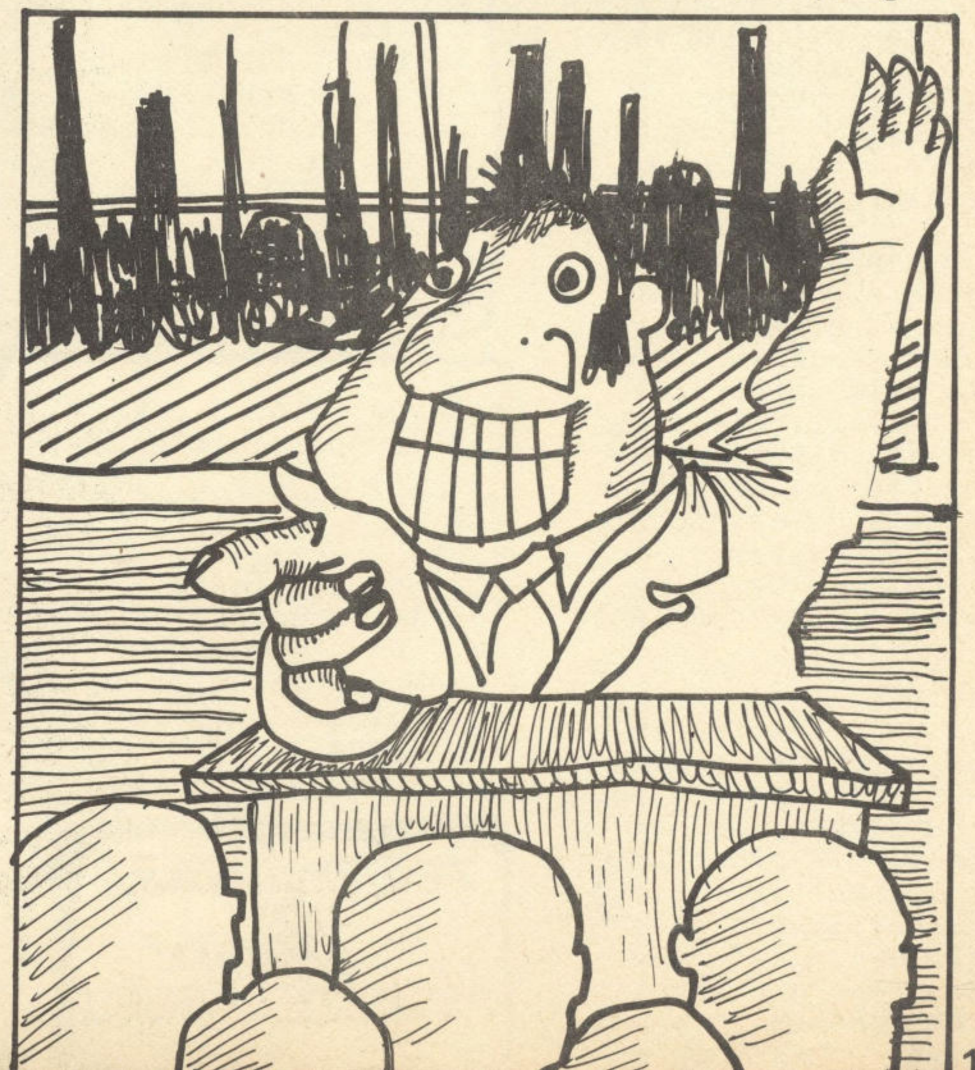
Verändern bzw. abschaffen will man die bisherige vertikale Dreigliedrigkeit des Schulsystems; die Gesamtschule soll alle Bildungsgänge in einem Schulsystem vereinigen.
Aufgeteilt in vier Bereiche, in den Elementarbereich, den Primarbereich, den Sekundarbereich I und den Sekundarbereich II, findet sie ihre Fortsetzung und eigentliche Entsprechung im tertiären Bereich, in der Gesamthochschule.

Die Kollegstufe (Sekundarbereich II) soll die, auf gymnasiale Oberstufen und berufliche Schulen, afgegliederten Bildungsgänge vereinigen.

"Das Gesamtschulkonzept soll damit die padagogisch und gesellschaftlich bedenkliche institutionelle Trennung der Bildungswege überwinden, zugunsten einer Oberstufe, in der nach Schwerpunkt und Abschlußqualifikation

unterschiedliche Schullaufbahnen gebundelt und kombiniert werden" - so das Kultusministerium.

Doch, zu wessen Gunsten wird hier was verandert, fur wen wird reformiert? Soll eine selbstbewußt und kritisch bewegende Persönlichkeit gefordert werden? Sollen endlich wenig-

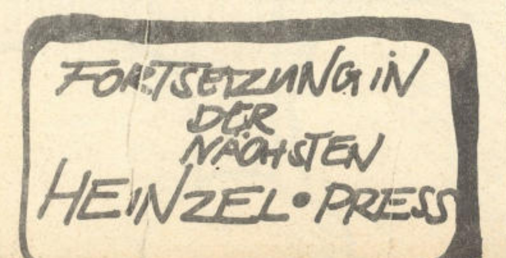


...s die Ansprüche erfüllt werden, die an ein Erziehungs- bzw. Bildungssystem einer demokratischen Gesellschaft gestellt sind?
Oder versucht man, mit diesen Reformen ein altes, krankes, menschenhassendes System zu erhalten, das der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden muß?
Das letztere scheint der Fall zu sein. Der Kapitalismus, immer auf der Suche nach Profitsteigerung, Produktivitätsfortschritten und wirtschaftlichem Wachstum, hat einsehen müssen, daß die Qualität der Arbeitskraft nicht mehr der Qualität und den Anforderungen der technischen Erneuerungen am Arbeitsplatz entspricht und somit - langfristig gesehen - das Steigen der Profite, Produktivitätsfortschritte und wirtschaftliches Wachstum erschweren bzw. verhindern wird.

Für den zukünftigen Arbeitsprozeß wird also eine flexiblere Arbeitskraft notwendig sein, eine Arbeitskraft, die sich den ständig verändernden Produktionsabläufen, der sich ständig weiterentwickelnden Technik mühelos anpassen kann.

Das heißt, es wird nicht mehr das Erlernen von Fähigkeiten maßgebend sein, sondern das Erwerben von Kenntnissen; Kenntnisse, die man bei fortschreitender technischer Entwicklung den jewiligen Erfordernissen des Arbeitsprozesses in Form von Weiter- oder Zusatzbildung (minimale Kosten) anpassen kann.

So soll auch, um Leistungsbereitschaft, Verantwortung, Disziplin, Beweglichkeit und Anpassungsfähigkkeit zu sichern, die Gesamtschule unter dem Motto "das Lernen lernen" funktionieren.



Impressum

Die "Kölner-Heinzelpress" wird von den Kölner Heinzelmenschen in eigener Regie und Finanzierung hergestellt.

Heinzelpress Redaktionskollektiv
5 Köln 1, Moltkestr. 27
Telefon 248222

Konto Nr. 14o938 bei Kölner Bank von 1867
5 Köln 1, Heumarkt

Druck: HEINZELPRESS